

Änderungsantrag zum Leitantrag

SPD Hessen-Süd

1. Änderungen „I. Die SPD nach der Bundestagswahl“

Streichung:

S. 1, Zeile 11 bis S. 2, Zeile 26; S. 2 Zeile 26

Streichung:

S. 3 Zeilen 1-8

Einfügen hinter S. 3 Zeile 20:

„Warum ist die Schere zwischen Arm und Reich in unserer Regierungszeit weiter auseinander gegangen?

Sind die sozialen Sicherungssysteme zukunftssicherer geworden?

Wie hat sich das Verhältnis eines präventiv agierenden Sozialstaates zu einem alimentierenden Sozialstaat verändert?

In welchem Verhältnis stehen die Arbeitsmarktreformen der SPD zur Kampagne und Politik der Guten Arbeit?

Warum sind bis zum Beginn der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die Arbeitslosenzahlen gesunken?

Welche Arbeitsplätze sind während unserer Regierungszeit neu entstanden und welche Qualität haben sie?

Welche Fortschritte sind in der Gleichstellungs- und Integrationspolitik, welche gesellschaftspolitischen Fortschritte wurden erreicht?

Wie hat sich die Rolle Deutschlands in der Welt verändert?

Wie wurde der Herausforderung des Klimawandels begegnet?

Welche Rolle hat die Bildungspolitik im Kanon der sozialdemokratischen Politik gespielt?“

Dahinter einfügen:

„Wir werden die Ortsvereine und Unterbezirke der SPD bitten, dem Parteivorstand ihre Erfahrungen und Bewertungen zur Bundestagswahl 2009 und zur sozialdemokratischen Regierungspolitik zuzuleiten. Zu Beginn des Jahres 2010 werden wir die Ergebnisse auf einer Konferenz aller Unterbezirke der SPD vorstellen. Den Abschluss dieser Debatte werden Beratungen und Beschlussfassungen auf einem Bundesparteitag bilden. „

„Mit diesem Prozess wollen wir Gestaltungskraft und Glaubwürdigkeit der Politik zurückgewinnen. Unser Neuanfang wird ohne die Bereitschaft aller zum Kompromiss und gemeinsamen Arbeit an Inhalten, vor allem aber an der vordringlichen Beschreibung des Gemeinsamen vor dem Trennenden, nicht zu bewältigen sein. Alle Seiten müssen sich darauf einlassen, dem Argument und den Fakten den Vorrang vor Behauptungen und Unterstellungen zu geben. Wir müssen offen und ehrlich bilanzieren, bestimmte Denkrichtungen nicht von vorneherein ausschließen und uns mit unseren jeweiligen Stärken und Schwächen schätzen und anerkennen. Unser Weg in die Zukunft darf

nicht von wenigen gedacht werden, dem dann viele zu folgen haben. Die Zukunft ist eine Aufgabe aller Mitglieder. Die Basta-Politik und persönlich Angriffe der vergangenen Jahre waren nicht geeignet, die Partei nach vorne zu bringen. Unser Umgang untereinander muss von gegenseitigem Respekt, Langfristigkeit und gegenseitigem Zuhören geprägt sein. Unsere gemeinsam demokratisch beschlossenen Positionen sind gemeinsam zu vertreten. Wir dürfen nicht den Eindruck vermitteln, dass die SPD aus mehreren Parteien besteht. „

Streichung:

S. 3, Zeile 20 bis S. 4, Zeile 9

Dann weiter S. 4 Zeile 10:

„Unsere Diskussion muss nach vorne gerichtet sein. ...“

Einfügen hinter Zeile 33:

„Keine Gesellschaft funktioniert nur als Sozialstaat oder als Staat von Zinsbeziehern oder als Dienstleistungsgesellschaft oder Naturschützern. Unsere Stärke muss darin liegen soziale Gerechtigkeit mit verschiedenen Lebensrealitäten, Biografien und sozialen Fragestellungen in Verbindung und sie mit allen anderen gesellschaftlichen Fragen in Beziehung zu setzen. Daran müssen wir glaubwürdige und nachvollziehbare Entwicklungslinien aufzuzeigen. Das kann keine andere Partei, das ist die originäre Herausforderung der SPD.

In keiner anderen Partei wird Solidarität und Leistung zu einem emanzipatorischen Gesellschaftsbild zusammen geführt, das Hoffnung und Aufstiegsmöglichkeiten für alle Menschen bietet. Dafür stehen unsere Bildungspolitik der Chancengleichheit, unsere Bürgerversicherungsmodelle, die Arbeitsversicherung. „

Einfügen hinter S. 5, Zeile 32:

„Neben der Öffnung müssen wir unsere eigenen Potentiale endlich nutzen. Unsere Partei hat ein enormes Potential an politischen Talenten, Experten und Sachverstand – das können wir selbstbewusst für uns in Anspruch nehmen. Gerade diejenigen, die sich als Experten ihrer Professionen oder Wissenschaften in der Sozialdemokratie zu Hause fühlen, müssen von uns angesprochen und gefragt werden.“

Begründung:

Der Umgang mit dem Wahlergebnis ist eine Kombination aus Fragen und bereits auch Antworten. Der Text nimmt die Bewertung des Wahlergebnisses und der Regierungszeit in Teilen vorweg. Er erhält die alten Widersprüche, stellt sie nebeneinander und löst sie nicht auf. Das Bild unserer Politik muss klarer und die Frage der sozialen Gerechtigkeit zentraler werden.

Unser Vorschlag ist:

Nach der Beschreibung der klaren Zäsur die Begründung in Form der sachlichen Darstellung der Zahlen abzugeben. Ob Wählerwanderungen

allein, ohne eine Untersuchung über die Begründungen, hilfreich sind, stellen wir aber in Fragen.

Danach sind die zu klärenden Fragen zu stellen, die aus unserer Sicht um inhaltliche Fragestellungen erweitert werden müssen.

Dann muss der Prozess und Abschluss der Beantwortung der Fragen klar beschrieben und benannt und die Spielregeln festgelegt werden. Als Abschluss dieses Prozesses schlagen wir anstelle einer UB-Konferenz einen Parteitag und die UB-Konferenz als einen Diskussionsraum auf dem Weg dorthin vor.

2. Änderungen „II. Unsere Aufgaben in der Opposition“

Streichung:

S. 7, Zeile 7/8 (Darüber können...)

Anfügen hinter S. 7, Zeile 30:

„Die SPD muss sich wieder stärker im Umfeld sozialer Bewegungen aufhalten. Wir müssen die Fähigkeit zurück gewinnen, aufkeimende soziale Konflikte zu erkennen, zu unterstützen und die Bewegung an uns zu binden.“

Streichung S. 8, Zeile 14 bis Ende

Begründung:

Die Funktion des inhaltlichen Teils ist nicht ganz klar. Eigentlich brauchen wir keine Programmdebatte. Wir haben ein Regierungsprogramm und den Deutschlandplan, auf die sich im Text ja auch positiv bezogen und deren Weiterentwicklung in Aussicht gestellt wird. Dann folgen mehr oder weniger zugespitzte inhaltliche Ausführungen die alte Positionen beschreiben – teils konfliktbehaftete Punkte benennen, teils sehr allgemein bleiben. Unser Vorschlag wäre eine Reduzierung auf ein Leitbild unserer Politik entlang unserer Grundwerte und dann die Benennung der ersten konkreten inhaltlichen und programmatischen Fragen, denen man sich widmen möchte: Enquete Folgen der Finanzkrise, Steuerkonzept, Arbeit und Umwelt, Menschen für Menschen, etc.

Das hat Auswirkungen für den dritten Teil.

3. Änderungen „III. politische Initiativen für eine Gesellschaft der selbstbestimmten und freien Bürgerinnen und Bürger“

einfügen hinter S. 18., Zeile 29:

„Die Kenntnisse und Erfahrungen der gesellschaftlichen Realitäten unserer Mitglieder, sei es im Verein, am Arbeitsplatz oder Freunde, sind durch Mediendarstellungen nicht zu ersetzen.

Demokratie ist nicht nur in der SPD zu einer formalen Methode verkommen. Das Auseinanderfallen zwischen den Überzeugungen und Erfahrungen an der Basis und einer Politik von Parteispitzen hat mit diesem Mangel an Demokratie

zu tun. Eine formale Abstimmung ist wenig Wert, wenn davor keine Beteiligung, Diskussion, Auswahl und Meinungsbildung stattfand. Eine Beteiligung ist umso wichtiger, weil die Vermittlung sozialdemokratischer Politik eben nicht nur durch Medien, sondern gerade vor Ort, durch die vielen ehrenamtlichen Mitglieder in ihren sozialen Zusammenhängen geschieht.“

Ergänzen S. 19, Zeile 8:

„Soziale Gerechtigkeit, Arbeit, Bildung und Nachhaltigkeit...)

Offene Frage:

Welche Funktion haben die Fragen S.19/S.20 und dann der Textteil, der wieder halb bilanzierend ist? Ein Teil, der eine Orientierung für die Fraktion darstellt ist sicher sinnvoll.

Wie wird die „Reformwerkstatt“ operationalisiert? Gleiches gilt für die Anregungen aus der Initiative „Demokratie und Freiheit“: Demokratiewerkstatt, Botschaft an die SPD-affinen Piraten, Mediengespräche.

4. Änderungen „IV. Zukunft der SPD als Volks- und Mitgliederpartei“

einfügen S. 24, Zeile 6:

„Inhaltliche Debatten müssen wieder geführt, Kompromisse und demokratisch herbeigeführte Entscheidungen Standard werden.

Wir wollen eine Mitgliederpartei bleiben. Wir werden Menschen aber nicht dadurch für die Mitarbeit in der SPD interessieren, dass sie massenhaft E-Mails erhalten und bei Wahlkämpfen Plakate kleben und Faltblätter stecken dürfen. Das attraktive Angebot zum Parteieintritt ist die reale Beteiligung an politischen Entscheidungen und gesellschaftlicher Gestaltung. Diese Beteiligungskultur muss sich auf allen Ebenen der Partei wieder durchsetzen. „